



Chemiekonjunktur

Nach Ende der Null-Covid-Politik könnte Chemieproduktion in China 2023 um 3% wachsen

Seite 4



Anlagenbau

VDMA sieht dank neuer Märkte und industrieller Transformation Chancen für Wachstum

Seite 8



Logistik

Die Binnenschifffahrt muss für das Erreichen der Klimaziele gestärkt werden

Seiten 27 - 34

UCM
URSA CHEMIE GMBH

Chemische Produkte nach Ihrer Rezeptur.

- Hochwertige Fertigung
- Integriertes Managementsystem - Qualität, Umwelt & Arbeitssicherheit
- Präzises Arbeiten

CHEMIE. EFFIZIENT. GEDACHT.
www.ursa-chemie.de

Deutschland ist ärmer geworden

Ist das Geschäftsmodell des exportgetriebenen Wachstums überholt?

Ukraine-Krieg, Energiekrise, Pandemiefolgen, Inflation, Fachkräftemangel und Klimawandel, die Herausforderungen für die deutsche Industrie sind aktuell höher und vielfältiger denn je. Andrea Gruß sprach mit Professor Bert Rürup, Chefökonom des Handelsblatts und Präsident des Handelsblatt Research Institute, über die Auswirkungen geopolitischer Trends und nationaler Standortbedingungen auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie.

CHEManager: Herr Professor Rürup, wie bewerten Sie die wirtschaftliche Lage in Deutschland?

Bert Rürup: Der Großteil der Bevölkerung Deutschlands ist merklich ärmer geworden. Dem Land fehlt das Wachstum der vergangenen drei Jahre. Die wirtschaftliche Gesamtleistung ist nicht größer als zum Jahresende 2019, und der Wohlstand der meisten Menschen ist auf das Niveau des Jahres 2014 zurückgefallen. Betroffen von dieser Entwicklung sind vor allem die Beschäftigten, die Renten- und Sozialhilfeempfänger sowie der Bund, der sich massiv verschuldet hat. Dass dieser massive Wohlstandsverlust schnell aufgeholt werden kann, hoffe ich, habe aber meine Zweifel.

Was macht Sie skeptisch?

B. Rürup: Die deutsche Wirtschaft hat goldene Jahre hinter sich. Anfang der 1990er-Jahre entstand durch den Zusammenbruch des Ostblocks ein riesiger Niedriglohnmarkt vor unserer Haustür. Und ab dem Jahr 2000 kamen Impulse aus China hinzu, da sich das Land modernisierte und alles daran setzte, sich in die internationale Arbeitsteilung zu integrieren. In der Folge wuchs der Welthandel doppelt so schnell wie die Weltproduktion. Das war das sprichwörtliche Wasser auf die Mühlen des historisch gewachsenen deutschen Geschäftsmodells des exportgetriebenen Wachstums. Diese Epoche ist vorbei. Seit einigen Jahren wächst der Welthandel schwächer als die Weltproduktion. Davon werden das verarbeitende Gewerbe und nicht zuletzt auch die exportorientierte chemische Industrie Deutschlands



betroffen. Hinzu kommt, dass diese Branche in besonderem Maß auf kostengünstige Energie angewiesen ist, während die Energiepreise wohl noch eine ganze Zeit recht hoch bleiben dürften. Stark exportabhängige

Unternehmen werden daher ihre Investitionen nach Maßgabe der Produktionskosten und Absatzmärkte steuern. Daher kann ich Herrn Brudermüller gut verstehen, wenn er die Forderungen der Bundesregierung,

Mittel aus China zurückziehen, zurückweist und sagt: BASF hält an den Investitionsprojekten in China fest.

Fortsetzung auf Seite 10 ▶

NEWSFLOW

M&A News

Covestro hat den Verkauf seines Additive-Manufacturing-Geschäfts an **Stratasys** abgeschlossen.

Cinven will das Betonzusatzmittelgeschäft von **Sika** übernehmen.

Mehr auf Seite 3 ▶

Investitionen

Evotec baut in den USA eine Anlage für Speziallipide.

Wacker erweitert in Nünchritz die Produktion für Silicindichtstoffe.

Mehr auf Seite 2 ▶

Unternehmen

BASF eröffnet in China ein technisches Zentrum für Coatings.

Bayer investiert in der Ukraine 60 Mio. EUR in seine Aufbereitungsanlage für Maissaatgut.

Mehr auf den Seiten 3 und 11 ▶

CHEManager International

Baxter is said to be considering the sale of its biopharma CMO arm.

Ineos completes the acquisition of Mitsui Phenols Singapore.

Mehr auf den Seiten 19 und 20 ▶

Erdölersatz aus Kunststoffabfällen

Der österreichische Öl-, Gas- und Chemiekonzern OMV baut das chemische Recycling aus

In Schwchat bei Wien betreibt OMV eine Pyrolyse-Pilotanlage zum chemischen Recycling von Kunststoffabfällen. Die aus dem ReOil genannten Verfahren gewonnenen Pyrolyseprodukte werden bereits kommerziell verwertet (siehe Infokasten). Noch dieses Jahr soll an dem Standort eine größere Demonstrationsanlage entstehen, für 2027 ist eine industrielle Anlage mit einer Verarbeitungskapazität von 200.000 t Kunststoffabfall geplant. Uta Neubauer sprach mit Stefan Pirker, Head of Circular Economy Innovation bei OMV, über die bisherigen Erfahrungen und Pläne des Konzerns in Sachen chemisches Recycling sowie die generelle Kreislauffähigkeit von Kunststoffen wie sie u.a. auch in Schwchat von der OMV-Tochtergesellschaft Borealis hergestellt werden.

CHEManager: Herr Pirker, Ihre Pilotanlage für chemisches Recycling ist seit 2018 in Betrieb. Erfüllt sie die in sie gesetzten Erwartungen?

Stefan Pirker: Ja, abgesehen von regelmäßigen Stopps alle 50 bis 60 Tage ist die Pilotanlage rund um die Uhr in Betrieb. Insgesamt haben wir schon über 1.000 t Kunststoffabfälle verarbeitet und Monomere produziert, die verkauft werden. Wir führen auch Testläufe durch und bereiten uns auf die nächstgrößere Anlage vor. Die Rückkoppelung vom Feedstock zu den entsprechenden Prozessparametern ist ein Rund-um-die-Uhr-Lernen.

Welche Art Kunststoffabfall verarbeiten Sie in der Pilotanlage?

S. Pirker: Wir setzen Mischkunststoffe mit Fokus auf Folienmaterial ein. Unser Ansinnen ist es, das chemische



Stefan Pirker, Head of Circular Economy Innovation, OMV

Verfahren komplementär zum etablierten mechanischen Recycling zu positionieren. Wir konzentrieren uns also auf Abfallströme, die mit bestehenden mechanischen Recyclingverfahren heute nicht verwertet werden können und daher hauptsächlich in der Verbrennung landen. Im chemischen Recycling können wir, im Gegensatz zum mechanischen Recycling, auch mit nicht sortenreinen Inputströmen umgehen. Eine gewisse Vorsortierung und Aufreinigung der Abfallströme ist allerdings unerlässlich, da wir für die weitere Verarbeitung einen bestimmten Mindestgehalt an Polyolefinen im Input benötigen.

Fortsetzung auf Seite 12 ▶

WILEY

Deloitte.

Making an impact that matters
For a sustainable chemicals industry

Connect at: www.deloitte.com/de/energy-chemicals



Deutschland ist ärmer geworden

◀ Fortsetzung von Seite 1

Welche geopolitischen Entwicklungen erwarten Sie in dieser Region?

B. Rürup: China und Russland bilden einen neuen Block, mit Russland als Juniorpartner und billigem Energie- und Rohstofflieferanten. Das einzig Positive daran: Diese Blockbildung wird verhindern, dass Putin Atomwaffen einsetzt. Denn ein erklärtes Ziel der chinesischen Politik ist, dass das Land spätestens bis 2049 zur größten Ökonomie der Welt geworden ist. Die Regierung wird daher bis auf Weiteres alles verhindern, was zu weltwirtschaftlichen Turbulenzen führen könnte.

Welche Entwicklung erwartet die deutsche Wirtschaft in den USA?

B. Rürup: Die USA haben sich seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts vom multilateralen freien Welthandel verabschiedet und setzen nunmehr auf eine national-ökonomische Politik – verbunden mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas zu bremsen. Mit dem Inflation Reduction Act kombiniert Präsident Biden Protektionismus mit ökologischen Zielen. Das ist eine Innovation, die mobiles Investitionskapital in die USA ziehen wird. Denn die ausgelobten Subventionen gibt es nur für in den USA produzierende Unternehmen. Das ist für die USA, deren industrielle Basis recht schwach ist, gut und richtig, für Deutschland und sein Geschäftsmodell des exportgetriebenen Industriebereichs aber eine Herausforderung – vorsichtig formuliert. Bereits heute werden mehr „deutsche Autos“ in China produziert als in Deutschland. Und das könnte künftig auch in den USA der Fall werden.

Blockbildung zwischen China und Russland, Protektionismus in den USA – welchen Handlungsspielraum haben wir überhaupt noch?

B. Rürup: Die Europäische Union ist immer noch ein ähnlich großer Markt wie China. Die Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen kann meines Erachtens nur eine europäische und keine genuin deutsche sein. Und dabei sollte klar sein, dass das Europa, welches diese Antwort geben kann, kein „deutsches Europa“ sein kann. Nur die mit einer Stimme redenden EU-Staaten hätten das Potenzial und Gewicht, einen Counterpart zu den USA und China/Russland zu bilden. Das könnte zumindest wirtschaftlich Stabilität schaffen – dreibeinige Tische wackeln nicht!

Deutschland ist zwar noch die viertgrößte Ökonomie der Welt, aber dennoch zu klein im Vergleich zu den USA und China, als dass die deutsche Stimme allein hinreichend Gewicht hätte. Für mich steht fest, dass ein starkes Europa eine wichtige geopolitische Rahmenbedingung dafür ist, dass Deutschland auch in Zukunft ein florierender Industriestaat bleibt. Dieses Europa muss jedoch mit einer Stimme sprechen, die europäischen Wahlen müssen ernst genommen werden, und die politischen Vertreter müssen eine deutlich höhere Legitimation als gegenwärtig haben.

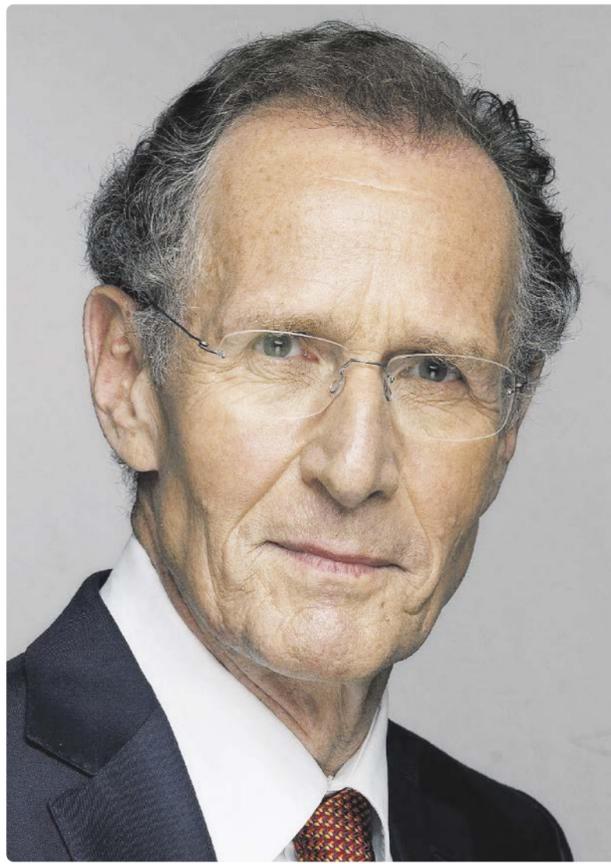
Wie können wir Europa stärken?

B. Rürup: Zum Beispiel durch einen europäischen Finanzminister, eine Überarbeitung der Verschuldungsobergrenzen der EU, für die es keinerlei analytische Begründung gibt, und – horribile dictu – auch durch Projekte, die über gemeinsame Schulden finanziert werden.

Das heißt ein Aussetzen der Schuldenbremse?

B. Rürup: Gestatten Sie mir zuvor ein Wort zu den geltenden Verschuldungsgrenzen des Maastrichter Vertrags von 1992. Die dort vereinbarte Obergrenze für den Schuldenstand der Mitgliedsländer – nämlich 60% im Verhältnis zur jeweiligen wirtschaftlichen Gesamtleistung – entsprach in etwa dem Durchschnitt der Verschuldung der damaligen zwölf Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Und bei einem unterstellten nominalen Wirtschaftswachstum von 5% kann der Schuldenstand eines Landes 60% nicht überschreiten, wenn das Haushaltsdefizit die Höhe von 3% des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigt. Eine überzeugende Begründung für diese Grenzen ist das nicht.

Nun zur deutschen Schuldenbremse, die nicht abgeschafft, wohl aber neugestaltet werden sollte. Schuldenbremsen zielen darauf ab, die Resilienz, die finanzwirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, eines Staates zu sichern. Für diese Widerstandsfähigkeit gibt es meines Erachtens nur einen sinnvollen Maßstab: die Zins-Steuer-Quote, also den Anteil der Zinsausgaben am Steueraufkommen. Eine solche gesetzliche Obergrenze könnte zum Beispiel bei 8% des Steueraufkommens festgelegt werden. Mitte der 1990er-Jahre lag diese Quote in Deutschland bei über 15%. Heute sind es gut 3%, die wahrlich keine Gefährdung der Resilienz der öffentlichen Finanzen



Bert Rürup, Präsident, Handelsblatt Research Institute

darstellen. Solch eine neue Schuldenbremse wäre eine klügere Option als die geltende Regel.

Der Verband der Chemischen Industrie fordert einen Neustart in der Industriepolitik. Die Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA sollte ein Regulation Reduction Act sein, fordert der Industrieverband. Welche Rolle spielt staatliche Regulierung für das Gelingen der Transformation?

B. Rürup: Ohne Zweifel spielt die staatliche Regulierung eine große Rolle. Doch was konkret verändert werden sollte, das kann ich aus dem Stand nicht sagen. Jedenfalls hat der bestehende gesetzliche Rahmen den Welterfolg von BioNTech nicht verhindert. Ob Innovationen sich durchsetzen, hängt im Wesentlichen von den Personen ab, die sie entwickeln und umsetzen. Ein vielleicht größeres Problem als in der unbestreitbaren Regulierungsdichte in Deutschland sehe ich in den unendlich langen Genehmigungsverfahren. Die sind ein veritabler Hemmschuh. Reformbedarf sehe ich zudem bei der Unternehmensbesteuerung. Deutschland ist mittlerweile das Land mit den zweit-höchsten Unternehmenssteuern.

gungen und können die gewonnene Liquidität nutzen, zum Beispiel um die Digitalisierung voranzubringen.

Eine weitere Herausforderung am Standort Deutschland ist der demografische Wandel. Wie wirkt sich dieser auf die Wirtschaft aus?

B. Rürup: Der unmittelbar bevorstehende Alterungsschub wird das Wirtschaftswachstum bremsen. Im Zeitraum von 2025 bis etwa 2040 werden um die 4 Millionen Menschen mehr aus dem Erwerbsleben aussteigen als nachrücken. Um diese Lücke zu schließen, müssten neben 4 Millionen qualifizierten Arbeitnehmern etwa 3 Millionen Familienangehörige mit Wohnraum versorgt und gesellschaftlich integriert werden. Dass dies wirklich gelingt, sehe ich eher skeptisch. Meines Erachtens befinden wir uns am Beginn einer demografischen Knautschzone, die mit einem merklichen Rückgang des Trendwachstums verbunden sein wird. Wo der Bundeskanzler seine Erwartung eines neuen Wirtschaftswunders hernimmt, ist mir ein Rätsel.

Erwarten Sie eine Lohn-Preis-Spirale aufgrund des Fachkräftemangels und der hohen Inflationsraten?

B. Rürup: Die Inflation dürfte uns wohl etwas länger als erwartet begleiten. Ich glaube nicht, dass wir noch 2024 wieder eine Zwei vor dem Komma der Inflationsrate sehen werden. Dennoch rechne ich nicht mit einer Lohn-Preis-Spirale. Natürlich werden die Löhne steigen, vor allem in Branchen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht. Das hat aber nichts mit einer Lohn-Preis-Spirale zu tun, sondern ist ein Zeichen von Knappheit, die in einer Marktwirtschaft bekanntlich zu steigenden Preisen führen muss. Zudem sind die Unternehmensgewinne in

ZUR PERSON

Bert Rürup ist Chefökonom des Handelsblatts und Präsident des im Jahr 2013 gegründeten Handelsblatt Research Institute. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler war über 30 Jahre als Universitätsprofessor tätig, zuletzt als Lehrstuhlinhaber für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der TU Darmstadt. Von 2000 bis 2009 war er Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirtschaftsweise“) und ab 2005 Vorsitzender dieses Gremiums. Nach ihm ist die Rürup-Rente benannt.

der Bahn und der Post stattfinden, also in Branchen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Da es hier kein wirkliches Arbeitsplatzrisiko gibt, sind die Forderungen entsprechend hoch. Bei den Industriegewerkschaften gehe ich davon aus, dass die Forderungen moderater ausfallen. Je größer eine Industriegewerkschaft und je mehr die Unternehmen dieser Branchen im internationalen Wettbewerb stehen, desto mehr setzen die Gewerkschaften – seit vielen Jahren – das Beschäftigungsziel vor das Einkommensziel.

Ich erwarte bis zum Ende dieses Jahres für die Gesamtwirtschaft einen moderaten Reallohnzuwachs, der aber die teils deutlichen Reallohninbußen der letzten Zeit nicht wettmachen wird. Die Mehrzahl der Beschäftigten wird daher Ende dieses Jahres nach wie vor durchweg ärmer sein als Ende des Jahres 2019.

Werden wir den Wohlstandsverlust wieder aufholen?

B. Rürup: Die Multikrise hat Deutschland ärmer gemacht. Und wir müssen uns für eine Reihe von Jahren darauf einstellen, dass die deutsche Wirtschaft langsamer als in der Vergangenheit wächst und die Bürger anderer Staaten schneller wohlhabender werden. Das bedeutet keinen Niedergang Deutschlands. Das deutsche Geschäftsmodell wird sich ein Stück weit verändern, aber die Anpassungen dürften wie in der Vergangenheit von der Symbiose zwischen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften getragen sein. Diese Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft wird auch in Zukunft ein Wettbewerbsvorteil für den „Standort D“ sein.

■ research.handelsblatt.com

Ein starkes Europa ist eine wichtige geopolitische Rahmenbedingung, dass Deutschland ein florierender Industriestaat bleibt.

se könnte man mit relativ wenig Geld ein beachtliches Investitionsfeuerwerk zünden. Der Preis für den Staat wäre ein kurzfristiger Einnahmeverlust durch temporäre Steuerausfälle. Unternehmen, die nicht selten einen kürzeren Planungshorizont haben als die öffentliche Hand, profitieren von verbesserten Abschreibungsbedin-

der letzten Zeit kräftig gestiegen. Offensichtlich laufen die Preissetzungen vieler Unternehmen den Lohnkostenerhöhungen voraus. Fakt ist, aus der ehemals importierten Inflation ist eine hausgemachte geworden.

Die Gewerkschaften haben insofern Glück, als dass die ersten Tarifrunden im öffentlichen Dienst, bei

Investitionen bleiben zu zwei Drittel im europäischen Markt

Europa: Unternehmensinvestitionen in Nachhaltigkeit steigen um 16 %

Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen, zunehmender regulatorischer Anforderungen und des fortschreitenden Klimawandels ist ein stärkeres Engagement der Unternehmen für mehr Nachhaltigkeit europaweit alternativlos. Entsprechend ziehen die Investitionen in diesem Bereich an, wie eine aktuelle Studie der Managementberatung Horváth unter 150 europäischen Topführungskräften zeigt. Mehr als ein Viertel aller im Jahr 2023 geplanten Investitionen ist demnach für Nachhaltigkeit reserviert (27%). Das ist ein Anstieg um 16% im Vergleich zum Vorjahr. Große Unternehmen mit mind. 5 Mrd. EUR Jahresumsatz haben den Anteil um 20% angehoben.

Nach Regionen betrachtet zeigt sich, dass Investitionen in Sustainability von europäischen Unternehmen zu fast zwei Dritteln auch im europäischen Markt bleiben (63%). Auf

den erhöhten Kosten für mehr Nachhaltigkeit bleiben die Betriebe noch zum großen Teil sitzen, denn nach Einschätzung der Befragten können sie branchenabhängig zu maximal einem Drittel auf Endkunden umgelegt werden. Daher nutzen die Unternehmen jegliche Förderungsoptionen. Branchenübergreifend geben etwa 80% an, alle für sie in Frage kommenden Förderungen im Bereich Nachhaltigkeit zu kennen und sie bei konkreten Vorhaben vorab zu prüfen. Sieben von zehn europäischen Unternehmen kooperieren zur Ausschöpfung von Förderoptionen auch ganz bewusst mit Partnern.

„Investitionen in Nachhaltigkeit rentieren sich nicht sofort, doch die Zahlungsbereitschaft der Kunden für ein Plus an Nachhaltigkeit wird oft unterschätzt – gerade die Schwankungen der Energiepreise haben gezeigt, dass die erhöhten Kosten zu einem signifikanten Anteil weiterge-

geben werden können“, sagt Matthias Deeg, Partner und Experte für Green Transformation bei Horváth. Industrieunternehmen haben Deeg zufolge einen Vorteil, den sie auch auspielen sollten und können – nämlich die Abhängigkeit ihrer Kunden von Rohstoffen und Materialien. Die Investitionen zahlen darüber hinaus direkt in die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen ein: „Der Wettstreit um nachhaltige Sourcing-Quellen, Technologien und Partner hat längst begonnen. Wer jetzt zögerlich agiert, wird später das Nachsehen haben“, so Deeg. „Wir erwarten ein deutliches Signal der EU nach dem Inflation Reduction Act der USA. Hier werden durch den Net Zero Industry Act der größte Hebel für den Green Deal in Deutschland und in der EU erwartet.“

Dass ein Vorsprung bei Nachhaltigkeit enorme Wettbewerbsvorteile mit sich bringen kann, haben viele Unternehmen inzwischen erkannt.

Auf die Frage, welches die wichtigsten Motive für ihr ökologisches Nachhaltigkeitsengagement ist, steht der Aspekt „neue Impulse für Innovationen und Zukunftstechnologien“ hinter einer Verbesserung der Energieeffizienz und dem ideellen Ziel „Erhaltung von Lebensräumen“ bereits an dritter Stelle. Bei Unternehmen aus den Bereichen Lebensmittel, Handel und Konsumgüter ist die Motivation anders gelagert. Hier rangiert die Erfüllung von Kundenerwartungen bei den Motiven auf Platz eins. „Das Bild in der Konsumgüterindustrie ist divers. Während große Handelsketten und Konsumgüterhersteller sehr aktiv im Bereich nachhaltige Produkte, Logistikkette und Energieversorgung agieren, sind viele andere Marktteilnehmer aufgrund aktueller geringer Margen eher zurückhaltend und setzen nur das Notwendigste um“, so Deeg. (ag) ■

Seit 2006 für Sie da.

RUHR·IP
PATENTANWÄLTE
IN BÜROGEMEINSCHAFT

**Andere kümmern sich um Ihre Probleme.
Wir finden Lösungen.**

Kreativ. Strategisch. Mit unternehmerischem Weitblick.

Zentral in Europa niedergelassen und international präsent.
Unsere Spezialisierung: Entwicklungsbegleitung.

Wir freuen uns auf Sie!

RUHR-IP Patentanwälte • Brucker Holt 58 • D-45133 Essen
office@ruhr-ip.com • www.RUHR-IP.com